

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Effiziente Asylverfahren und konsequente Rückführungen sicherstellen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Zahl der Asylverfahren in Mecklenburg-Vorpommern bewegt sich in den letzten Jahren auf einem hohen Niveau. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für die zuständigen Behörden dar, insbesondere für die Verwaltungsgerichte und Ausländerbehörden. So hat sich die Dauer der Asylgerichtsverfahren in den letzten Jahren deutlich erhöht. Um eine rechtssichere und effiziente Bearbeitung der Asylanträge und Klagen sicherzustellen, ist es unerlässlich, die notwendigen sachlichen und personellen Mittel bereitzustellen.
2. Eine zügige und konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber ist Ausdruck von rechtsstaatlichem Handeln und notwendig, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für Grundfragen des Asylrechts zu wahren. Derzeit besteht ein Vollzugsdefizit, das es zu überwinden gilt. Es liegt in der Verantwortung des Landes sicherzustellen, dass die zentralen Ausländerbehörden personell gestärkt werden, um die Kommunen im Rückführungsmanagement zu unterstützen.
3. Der deutsche Rechtsstaat garantiert jedem Menschen ein faires Asylverfahren. Wenn jedoch ein Asylverfahren zu keiner Anerkennung führt, muss in der Konsequenz auch eine schnelle Rückführung durchgesetzt werden. Dies ist notwendig, um die Glaubwürdigkeit unseres rechtsstaatlich gewährleisteten Asylsystems zu wahren und die Kapazitäten für wirklich Schutzbedürftige freizuhalten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Verwaltungsgerichte im Land mit den notwendigen personellen und sachlichen Mitteln auszustatten, um faire, rechtssichere und zeitnah abgeschlossene Asylverfahren zu gewährleisten. Der Personalbedarf ist dabei in Anlehnung an die Justiz in Rheinland-Pfalz den tatsächlichen Bedarfen anzupassen.
2. nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz Richterinnen und Richter im Land im Bereich der Asylverfahren nach Herkunftsländern zu spezialisieren.
3. künftig die Asylverfahren nach dem Beispiel von Rheinland-Pfalz nur noch auf ein Verwaltungsgericht zu konzentrieren.
4. sich für die zeitnahe Überprüfung der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat einzusetzen.
5. die Kommunen bei der personellen und materiellen Ausstattung der Ausländerbehörden weiter zu unterstützen, damit Asylverfahren zügiger abgewickelt werden können.
6. die offene Diskussion auf Bundesebene über die Möglichkeit, Asylverfahren in Drittstaaten durchzuführen, weiter zu forcieren.
7. so schnell wie möglich ein geeignetes, öffentlich zugängliches Informationssystem zu entwickeln, mit dem maximale Transparenz hinsichtlich Flucht und Asyl in Mecklenburg-Vorpommern erreicht werden kann. Dieses Informationssystem sollte aktuelle Angaben zu Zahlen und Fakten rund um die Themen Migration und Flucht umfassen, insbesondere Zugänge in Erstaufnahmeeinrichtungen, Zuführungen zu Gemeinschaftsunterkünften, Stand und Dauer der Verfahren, Zahl der Rückführungsverpflichteten und Zahl erfolgter Rückführungen, Zahl der Anerkennung und dies möglichst regionalisiert, um auch die solidarische Verteilung der Herausforderungen zu dokumentieren.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Eine zügige und faire Bearbeitung der Asylanträge liegt im Interesse aller Beteiligten und ist ein Zeichen für die Leistungsfähigkeit unseres Rechtsstaates.

Die Verwaltungsgerichte stehen vor der enormen Herausforderung, die zahlreichen anhängigen Asylverfahren zeitnah und effizient zu bearbeiten. Die aktuelle Personalsituation sowie die Ausstattung vieler Verwaltungsgerichte sind jedoch unzureichend, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Lange Verfahrensdauern belasten nicht nur die Antragsteller, sondern auch die Gerichte und die gesamte Gesellschaft. Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass eine gezielte Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung zu einer erheblichen Beschleunigung der Asylverfahren führen kann. Durch die Aufstockung des Personals und die Bereitstellung moderner technischer Ressourcen konnte die Verfahrensdauer deutlich reduziert werden, was zu einer Entlastung aller Beteiligten geführt hat. Zudem hat Rheinland-Pfalz bereits mit Beginn der Flüchtlingswelle 2015/2016 die Asylverfahren beim Verwaltungsgericht Trier konzentriert und hierdurch im Laufe der Zeit ein Kompetenzcluster geschaffen, welches es ermöglicht, die Verfahrensdauern kurz zu halten.

Mehr Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten ermöglichen eine schnellere Bearbeitung der Asylverfahren und entlasten die bestehenden Kapazitäten. Diese unterstützen die Richterinnen und Richter bei der Verfahrensvorbereitung und -bearbeitung und sorgen somit für eine effizientere Abwicklung.

Die Zahl der Asylverfahren in Deutschland hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für die zuständigen Behörden dar, insbesondere für die Verwaltungsgerichte und Ausländerbehörden. Um eine schnelle und effiziente Bearbeitung der Asylanträge sicherzustellen, ist es unerlässlich, die notwendigen sachlichen und personellen Mittel bereitzustellen.

Eine zügige und konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber ist Ausdruck von rechtsstaatlichem Handeln und notwendig, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für das Asylsystem zu wahren. Derzeit besteht jedoch ein Vollzugsdefizit, das es zu überwinden gilt. Es liegt in der Verantwortung des Landes sicherzustellen, dass die zentralen Ausländerbehörden personell gestärkt werden, um die Kommunen im Rückführungsmanagement zu unterstützen.

Die Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer, insbesondere der Maghreb-Staaten, würde dazu beitragen, die Verfahren für Asylbewerber aus diesen Ländern zu beschleunigen und die Rückführung zu erleichtern.

Es ist notwendig, die Transparenz zu erhöhen und die statistische Erfassung der Asylverfahren und Rückführungen zu verbessern. Detaillierte Berichte und regelmäßig aktualisierte Daten können hier helfen, einen besseren Überblick über die Situation zu gewinnen und gezielte Maßnahmen zu ergreifen.

Die Themen Flucht und Migration spielen aktuell eine herausgehobene Rolle in der öffentlichen und politischen Debatte. Vielerorts spürt man eine gewisse Verunsicherung, welche schnell in Resignation, in ein Gefühl des Unverständnis und Ablehnung umschlagen kann.

Die Landesregierung ist hier gefragt, aktiver auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zuzugehen, zuzuhören und mit maximaler Transparenz und Offenheit zu agieren. Ein wichtiger Baustein in diesem Prozess muss die öffentliche Darstellung der wesentlichen Kennzahlen zu den Themen Migration und Flucht sein. Die Landesregierung sollte in ihrem eigenen Interesse klar aufzeigen, was bei diesen Themen aktuell im Land passiert.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wie viele Geflüchtete uns in welchem Zeitintervall erreicht haben. Sie wollen wissen, aus welchen Nationen uns Geflüchtete erreichen, auf welchem Weg Menschen zu uns gelangt sind, wo in Mecklenburg-Vorpommern die geflüchteten Menschen unterkommen und wie es mit ihnen weitergehen soll. Sie wollen wissen, wie viele ein Bleiberecht haben und wie viele nicht, wie viele in Ausbildung oder Beschäftigung sind und wie viele keinen Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung haben, wie viele zurückgeführt werden müssen und wie viele zurückgeführt wurden.

Insgesamt ist ein Informationsdefizit rund um die Themen Flucht und Migration bei der Bevölkerung festzustellen, das zu sinkendem Vertrauen und zunehmender Frustration führte. Die Bürgerinnen und Bürger wollen jedoch zeitnah, komprimiert und regionalisiert über aktuelle Entwicklungen informiert werden. Zu diesem Ziel soll die vorgeschlagene Lösung einen Beitrag leisten.